

## Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 322 / 2014

Kiel, Freitag, 11. Juli 2014

Soziales / Familienzentren

## Anita Klahn: Die Familien im ganzen Land müssen im Mittelpunkt stehen

In ihrer Rede zu Top 49 (Bericht – Konzept für Familienzentren) erklärt die familienpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„In der ersten Aussprache waren wir uns einig, dass eine Bestandsanalyse hilfreich wäre für die weitere Beratung. Der Bericht enthält ja auch freundlicherweise eine Ist-Analyse. Nur leider ist über die regionale Verteilung der Angebote nichts zu finden. Das wäre aus meiner Sicht eine wesentliche Information gewesen. Denn nur daraus lässt sich ableiten, wo Defizite, beziehungsweise Bedarfe bestehen.

Dass die Hansestadt Lübeck gut aufgestellt ist, war dem Bericht unschwer zu entnehmen, da die Antworten aus Lübeck fast alle Ergebnisse der Befragung dominieren. Das führt leider zu einer Schieflage in den Antworten und erschwert natürlich die Anwendbarkeit der Ergebnisse auf das ganze Land.

Bedauerlich ist auch, dass die Landesregierung in ihrem Bericht keine Aussagen zu den unterschiedlichen Strukturen und Bedarfen zwischen städtischen und ländlichen Räumen trifft. Wir sprechen immer von den Auswirkungen der demographischen Entwicklung, und die Landesregierung nimmt diese Problemlage nicht in den Fokus. Es bestehen unterschiedliche Anforderungen an die Familienzentren, je nach Lage und sozialem Umfeld. Städte, wie Lübeck, Kiel oder Neumünster müssen doch ganz andere Angebote liefern, als es Mittelstädte, wie meine Heimatstadt Bad Oldesloe oder eher dörfliche Räume, wie z.B. in Dithmarschen, Schleswig-Flensburg oder auf der Insel Fehmarn, benötigen.

Das Problem scheint mir auch darin begründet, dass bei der Landesregierung leider der Fokus verschoben wurde. Die dahinterliegende

Zielsetzung, Elternkompetenzen zu stärken, ist zwar richtig, aber leider stehen nicht mehr die Familien im Mittelpunkt, sondern der Prozess.

Anstatt Angebote zu fördern, wird die Organisation bestehender Angebote gefördert. Das Land nimmt dem Bericht zufolge 2,5 Millionen Euro in die Hand, um Vernetzungsarbeit zu fördern. Das ist uns Liberalen ehrlicherweise zu wenig und man kann es auch kein Konzept nennen. Koordinierungsstellen allein schaffen keine Angebote und helfen den Familien vor Ort nicht. Ohne Frage sind Vernetzung und Kooperation nicht zu vernachlässigen, aber gute Angebote werden ohne Probleme bekannt und erreichen ihre Zielgruppe.

Für uns Liberale geht es darum, frühkindliche Bildung bzw., wie es im Bericht heißt, frühe Bildungszugänge und die Verbesserung der Bildungschancen von Kindern zu unterstützen. Diese Punkte werden im Übrigen auch noch mal in dem Eckpunktepapier, welches die Landesregierung erarbeitet hat und das dem Bericht angehängt ist, hervorgehoben. Interessanterweise zielt dieses Eckpunktepapier darauf ab, dass Grundschulstandorte in der Fläche erhalten werden müssen, um dies gewährleisten zu können.

Vielleicht sollten die Sozial- und die Bildungsministerin mal miteinander reden. Ich kann Ihnen aber sagen, wenn die Landesregierung nicht langsam in die Hufe kommt, endlich etwas für kleine Grundschulstandorte, wie aktuell dringend in Petersdorf oder Schafstedt zu tun, dann helfen auch keine Familienzentren in der Fläche.

Im Übrigen beantwortet die Ministerin auch die entscheidende Frage nicht, wie diejenigen Familien erreicht werden können, bei denen der Bedarf am nötigsten ist. Die aktuelle Studie des Deutschen Jugendinstitutes zeigt, dass gerade Migrantenfamilien oder Familien mit einem bildungsfernen Hintergrund das Betreuungsgeld wählen und so überhaupt nicht mit einer Kita in Kontakt kommen, die ja der Hauptausgangspunkt für die Familienzentren sein sollen. Dass diese rot-grün-blaue Landesregierung für dieses offensichtliche Problem keine Lösungsansätze präsentiert, ist enttäuschend.

Das Petitum meiner Fraktion ist klar: Die Familien im ganzen Land müssen im Mittelpunkt stehen. Wie diese am besten zu erreichen sind, sollte vor Ort entschieden werden. Deswegen sollte auch die Steuerungsfunktion über die jetzt bereitgestellten Mittel direkt bei den Kommunen liegen. Dann kann vor Ort entschieden werden, welcher Angebote es bedarf. Ob der Bereich frühkindliche Bildung oder begleitende Hilfen verstärkt angeboten werden – oder ob es einer Anlaufstelle für Begegnungen und Aktivitäten von Familien bedarf.

Zentrale Vorgaben aus Kiel sind nicht notwendig. Konsequenter wäre es daher, das Ministerium ganz aus dem Prozess herauszunehmen, um so auch Verwaltungsaufwand einzusparen. Eine Überführung dieses ganzen Bereichs in das FAG wäre aus liberaler Sicht daher angebracht.“